

Konfliktstoff Öl, Teil 2

Das Tschad-Kamerun-Erdöl- und Pipeline-Projekt

Referent: Martin Zint

Journalist und Projektkoordinator

Das Tschad-Kamerun-Erdöl- und Pipeline-Projekt, über das ich heute Abend rede, ist die größte Investition im subsaharischen Afrika der Neuzeit und es ist von der Weltbank als ein Modellprojekt der Firma Esso, die das Projekt betreibt, vorgestellt worden, mit dem es gelingen soll, den Ressourcenfluch zu bekämpfen. Der Ressourcenfluch ist ein Ausdruck, der geprägt worden ist aufgrund der Erfahrung, dass überall dort, wo wertvolle Bodenschätze gefunden worden sind, dies einhergeht mit autoritären Regimes, Verarmung der Bevölkerung, Menschenrechtsverletzungen und ähnlichen negativen Folgen. Das Spannende am Tschad-Kamerun Erdöl-Projekt ist die Tatsache, dass es der erklärte Versuch von doch sehr finanzmächtigen Institutionen ist, es einmal anders zu machen.

Modellprojekt zur Beobachtung eines „Modellprojekts“

Die Erdölförderung im Tschad ging in ihre Umsetzungsphase im Jahre 1996. Das Jahr 1996 war das Jahr, in dem Ken Saro-Wiwa umgebracht wurde, jener Schriftsteller der Ogoni, der es nach fast 40 Jahren Erdölproduktion in seiner Heimat Nigeria zum ersten Mal geschafft hatte, eine internationale Öffentlichkeit für das Thema zu interessieren und für das Elend, das dadurch in seiner Heimat verursacht worden ist. Er hat das so intensiv getan, dass die nigerianische Regierung es als opportun ansah, ihn durch einen Justizmord umzubringen.

Damals kam dann die Sorge auf, wenn jetzt auch im Tschad Öl gefördert wird, dass dann auch mal die Basisgruppen, die Entwicklungshilfegruppen, die Menschenrechtsgruppen sich gedacht haben, da müssen wir uns einmischen und sehen, dass wir verhindern, dass aus dem Tschad ein neues Ogoni-Land wird. Und da hat sich eine sehr bunte Mischung von Gruppen in der deutschen Gesellschaft zusammen getan.

Wer in der Bewegung einigermaßen aktiv ist, wird wissen, dass es eine relativ klare Abgrenzung gibt zwischen Umweltschutzgruppen, Menschenrechtsgruppen, entwicklungspolitischen Gruppen und dass die Diskussionen, wenn sie denn mal zustande kommen zwischen den Gruppen, sehr heftig sind. Die Arbeitsgruppe Erdölprojekt Tschad-Kamerun hat von Anfang an ganz unterschiedliche Gruppen unter einem Ziel vereint, nämlich dieses Erdöl-Projekt so zu gestalten, dass es zum Nutzen für die Betroffenen wird. Da sind die großen Entwicklungsorganisationen wie Misereor, Brot für die Welt dabei, der EED, Eirene, Christlicher Friedensdienst, FIAN, das Food First-Aktionsnetzwerk, Urgewald, eine Umweltschutzorganisation, die sich aber sehr stark mit den ökonomischen Ursachen von Umweltzerstörung befasst, und so weiter. Diese Gruppen, 15 insgesamt, haben sich zusammengeschlossen, und haben angefangen, sehr eng mit Betroffenen vor Ort zusammen zu arbeiten und das Projekt kritisch zu begleiten.
Informationen zu beiden Ländern

Wie der Name schon sagt, es sind zwei Länder betroffen, nämlich der Tschad und Kamerun. Der Tschad ist ein Binnenland. Das bedeutet, nachdem man Erdölvorkommen im Süden des Tschad entdeckt hatte, war die Frage, wie kann man die an die Küste bringen? Und wie in Kolonialzeiten hat man ein Lineal angelegt und hat gesagt: Das ist die Pipeline. Man hat die kürzeste Trasse gewählt, obwohl es Alternativtrassen gab, die ökologisch und aus anderen Gründen vorzuziehen gewesen wären.

Kamerun ist betroffen dadurch, dass eine Pipeline durchs ganze Land gebaut worden ist. Dafür bekommt Kamerun im Jahr etwa 17 Millionen US-Dollar als Durchleitungsgebühr. Das entspricht etwa einem Prozent der jährlichen Exporterlöse dieses Landes. Die Bevölkerung Kameruns ist sehr arm, aber das Land ist sehr reich. Das Land verfügt selber über Ölvorkommen, über riesige tropische Regenwälder, und es gibt noch andere Bodenschätze und Ressourcen wie Kakao, Kaffee... Auch in Kamerun wird das Projekt als ein Projekt zum Kampf gegen Armut und für nachhaltige Entwicklung ausgegeben. Das setzt allerdings voraus, dass hier Risiken für Umwelt und Bevölkerung gemeistert werden. Wenn das Kleinste schief geht, kommt es schon zu Umweltschädigungen und in einem Land, wo die Bürger auch noch sehr stark von den Ressourcen dieses Landes leben, also von dem, was der Boden hergibt, von den Pflanzen, von dem Obst, Gemüse und so weiter, wird die Bevölkerung in ihrer Einnahme direkt tangiert, wenn es zu größeren Umweltschädigungen kommt. Es geht eigentlich in Kamerun nur darum, negative Effekte zu vermeiden, von positiven Effekten redet man gar nicht, ein Prozent der Exporterlöse, die kann man auch auf andere Weise erwirtschaften.

Man muss dazu noch wissen, dass die Firma Esso sich bisher erfolgreich gesträubt hat, verbindliche Regelungen über Haftungsfragen im Schadensfall zu unterschreiben. Es gibt da noch keine entsprechenden Gesetze. Die sind zwar in Arbeit, aber so was verzögert sich ja immer mal und verzögert sich immer weiter. Die Ölförderung hat begonnen, die Gesetze sind noch nicht in Kraft, wenn also morgen was passiert, steht der Staat Kamerun ziemlich dumm da. Ja, das nur kurz zu Kamerun. Die Betroffenheit Kameruns ist schon deutlich geringer – das merkt man auch daran, dass sich in Kamerun die Bevölkerung nicht groß mit diesem Projekt auseinandergesetzt hat. Die Pipeline ist jetzt gerade gebaut, ist ein Jahr in Betrieb, sie wird nach technischer Erwartung vielleicht in 20 Jahren mal problematisch werden. Und das ist natürlich ein Zeitraum, den man so ohne weiteres schon gar nicht in einem armen Land überblickt.

Sehr viel stärker betroffen ist der Tschad. Tschad ist das fünftärmste Land dieser Welt, das ist ein Land, das dreieinhalbmal so groß ist wie die Bundesrepublik Deutschland. Der Tschad ist das Produktionsland, also das Land, wo das Öl die nächsten 25 – 30 Jahre gefördert wird. Das mag manchem viel scheinen. Wenn man aber solche Investitionen betrachtet und den Aufwand, der da im Lande betrieben wird, ist es eine kurze Zeit, bei der man heute eigentlich schon daran denken müsste: Was machen wir eigentlich, wenn diese Zeit rum ist? Das geschätzte Volumen des Doha-Beckens, benannt nach der Bezirkshauptstadt Doha, wird auf eine Milliarde

Barrel geschätzt, dafür hat das Konsortium diese 3,7 Milliarden US-Dollar investiert. Wenn der Weltmarktpreis rund um 30 US-Dollar bleibt, wird das Konsortium etwa 30 Milliarden, wenn nicht gar mehr, einnehmen. Die Tschadische Regierung erhält davon 12,5 Prozent. 12,5 Prozent sind die berühmten Glasperlen, die man aus der Kolonialzeit kennt. Üblich sind für Royalties von Bodenschätzen des Landes, das sie hergibt, 40 und über 40 Prozent. Obwohl der Tschad so wenig bekommt, sind das immer noch 125 Millionen US-Dollar pro Jahr. Der Staatshaushalt des Tschad war bis zum Beginn der Ölförderung etwa 120 Millionen US-Dollar insgesamt. Das heißt also, er verdoppelt sich. Und deshalb hier das Resümee: Der Tschad verfügt über eine reelle Chance, die Armut im Land zu bekämpfen, vorausgesetzt, die Mittel werden sachgerecht eingesetzt.

Noch ganz kurz ein paar Daten zum Tschad: Fläche 1.248.000 Quadratkilometer; auf dieser riesigen Fläche leben etwa 8 Millionen Einwohner. Der Nachbar im Norden ist Libyen, im Süden grenzt die zentralafrikanische Republik an und Kamerun, im Osten ist der Sudan. Die Ölproduktion, das wurde schon gesagt, findet im extremen Süden statt. Was heißt das für ein Land wie den Tschad, wenn plötzlich Öl gefunden und gefördert wird?

Was die Menschen im Tschad möchten, ist, sich jeden Tag satt essen zu können. Im Tschad gibt es einen Ausdruck für jemanden, der es wirtschaftlich im Leben geschafft hat. «Il mange chaque jour à sa faim», «er isst sich jeden Tag satt». Also jemand, der sich jeden Tag satt essen kann, der hat es im Tschad geschafft. Dazu kommt die Gesundheitsversorgung, die Umwelt des Tschad, also dieses Wüstenklima ist ein sehr ungesundes Klima. Es gibt drei Monate Regenzeit im Jahr und im Anschluss dann riesige Malaria-Epidemien. Für die Menschen ist es sehr wichtig, Medikamente zu haben, Medikamente kosten Geld. Das ist das Einfallstor der Globalisierung in nicht erschlossene Bereiche, weil jemand, der von der Hand in den Mund lebt, ohne Geld zu haben, sich keine Medikamente kaufen kann. Und wenn er Medikamente will, muss er sich entschließen, in die Geldwirtschaft einzusteigen.

Und natürlich dann Bildung. Die Bevölkerung wurde von allen Entscheidungen rund um das Ölprojekt systematisch ausgeschlossen. 1996, als ich die erste Recherche-Reise gemacht habe, hatte ich ein Dossier, das mir zugespielt worden war, mit Dokumenten der Weltbank und mit Dokumenten von Exxon, und mit diesen Dokumenten war ich besser informiert als der Erdölminister des Tschad, den ich interviewt habe und den ich nach dem Interview meine Unterlagen habe kopieren lassen.

Organisations- statt Entwicklungshilfe

Ich hatte ja erzählt, in unserer Arbeitsgruppe sind die Entwicklungsorganisationen vertreten. Entwicklungsorganisationen, die Projekte im Süden des Tschad hatten. Und da war es natürlich für die sofort einsichtig, dass es völlig sinnlos ist, z.B. landwirtschaftliche Entwicklungsprojekte zu gestalten, in einer Region, die in wenigen Jahren eine Industrielandschaft sein wird. Und deshalb haben diese Organisationen

den Partnern vor Ort geholfen, sich zu organisieren und sich zusammenzuschließen in Basisgruppen der betroffenen Bevölkerung, aber auch in inhaltliche Gruppen – ganz so nach unserem Vorbild, also entwicklungspolitische Gruppen, Menschenrechtsgruppen, Frauengruppen vor allem. In Afrika sind die Frauen ganz wesentliche Akteure von zivilgesellschaftlicher Bewegung und von Entwicklung. Die einzelnen Organisationen haben sich in so genannten ständigen Ölkommissionen zusammengeschlossen, „commissions permanent de pétrole“, und haben versucht, dadurch ein Gegenüber für das Konsortium und für die Regierung und für die Weltbank zu werden. Außerdem haben sie versucht Schulungen zu machen mit den Menschen vor Ort, sie über ihre Rechte informiert, ihnen geholfen, sich in die Erarbeitung regionaler Entwicklungspläne einzuklinken. Das hört sich sehr technokratisch an, aber wenn in einer Region wie dem Süden des Tschad, der völlig ohne Infrastruktur ist ...- es gab eine Umweltverträglichkeitsstudie, 1996, da hab ich den schönen Satz gelesen zur CO2-Emission, stand da: Gibt es nicht, weil es keinen Autoverkehr gibt - wenn in eine solche Region plötzlich Millionenbeträge an US-Dollar investiert werden, dann muss das nach Plan geschehen. Deshalb hat man versucht, regionale Entwicklungspläne zu entwickeln und die mitzubestimmen. Man hat versucht Daten zu sammeln, rund um das Projekt. Esso hat sich gesträubt wie der Teufel gegen das Weihwasser, eine so genannte Zero-Data-Base zu erstellen, also eine Ausgangsdatenbasis. Weil, wenn es diese Ausgangsdatenbasis gibt, über z.B. den Zustand der Umwelt, könnte man ja in 20 Jahren verlangen, diesen Zustand wiederherzustellen. Jetzt ist eine Situation eingetreten, wo Esso mal sagen kann: das war schon immer so. Dann, Kommunikation auf nationaler und internationaler Ebene in einem Land, in dem der Straßenverkehr auf Sandpisten stattfindet, die drei Monate im Jahr überschwemmt und deshalb nicht passierbar sind, in dem es keine Telefone gibt, und sonst, außer der Trommel, keine großen Kommunikationsmöglichkeiten, ist Kommunikation ein ganz zentraler Punkt. Ein Faxgerät in der Provinzhauptstadt war eine der ersten Anschaffungen, die wir gemacht haben und die sich über das Projekt schnell amortisiert hat.

Anwaltliches Eintreten

Und damit kommen wir zum anwaltlichen Eintreten, das bedeutet, die Interessen von Leuten – in deren Interesse, in enger Kooperation mit diesen Leuten – zu vertreten, und den Dialog mit allen Akteuren zu suchen. Wenn ein armer Bauer aus dem Doha-Becken es bis in die Hauptstadt geschafft hat und da erst mal an die Tür geklopft hat, dann hat man ihn gleich verscheucht. Wenn hier eine große Organisation wie Brot für die Welt oder Misereor sich an die Bundesregierung wendet, dann kriegen wir auch mal ein Gespräch mit der Ministerin oder mit der Staatssekretärin; das heißt gerade im Dialog haben wir hier im Westen doch gewisse Vorteile. Wir haben leichteren Zugang zu Informationen und leichteren Zugang zu unseren politisch Verantwortlichen, während die Menschen vor Ort halt das mitteilen können, was sie erleben, und uns sozusagen den Rohstoff für unser anwaltliches Eintreten geben.

Als Esso eigentlich 1998 mit den Bauarbeiten beginnen wollte, hat Brot für

die Welt oder eben wir als internationaler Unterstützer ein Seminar in der Ölregion organisiert, wo erstmals Vertreter lokaler Organisationen mit Vertretern des Konsortiums, also des Konsortialführers, Exxon und der Weltbank und der Regierung aufeinander trafen. Die Delegation von Esso war aus Houston extra angereist, ins Herz Afrikas, und war zunächst erst mal sehr erstaunt, dass dort kein Mensch englisch spricht. Aber sie hatten immerhin einen dabei, der französisch sprechen konnte und übersetzen konnte. Und sie waren angereist mit schönen Folien, Transparenten, Plakaten, mit denen sie den dummen Bauern mal zeigen wollten, wie toll es bei ihnen wird, wenn sie ihnen erlauben, dass Esso hier Öl fördern darf.

Jetzt ist es so, dass Leute in der Region sehr wohl lesen und schreiben können und es dort auch Leute gibt, die Umweltverträglichkeitsstudien lesen und analysieren können, und die dann aufstanden und entsprechende Fragen stellten. Zum Beispiel rühmt sich Esso bis heute, sie hätten im Vorfeld des Projektes umfangreiche Konsultationen mit der Bevölkerung durchgeführt. Und sie präsentierten eine Liste mit 63 Dörfern, in denen solche Konsultationen stattgefunden hatten, angeblich. Steht einer auf und sagt: „Ich bin der Bürgermeister von dem Dorf, das bei Ihnen da auf der Liste steht. Bei uns war keine Konsultation. Ich kann mich erinnern, dass vor zwei, drei Jahren mal ein Jeep kam, da saßen Leute von Esso drin und die waren in Begleitung von Militärs und da sind erst schon mal die meisten Dorfbewohner in den Busch geflohen, weil wir hatten hier 30 Jahre Bürgerkrieg und wenn wir hier Khakifarbe sehen, dann ist das Zeichen für beschleunigte Flucht. Nur wir Dorfältesten sind dageblieben, und dann haben die uns gesagt: ja, sie wollten jetzt hier Öl fördern in Zukunft, ob wir was dagegen hätten. Und was sollten wir da sagen? Und dann sind sie weitergefahren.“

Esso hatte zu dem Zeitpunkt zwei Bände Umweltverträglichkeitsstudien vorgelegt. Sie mussten nach dieser Konferenz das Ganze komplett überarbeiten und haben heute 19 solcher Bände vorgelegt. Eine wesentliche Kritik damals in Tonia (???) war auch die, dass gesagt wurde, diese Studie sei in der Bibliothek in Washington erstellt worden. Es gibt keine Basis, keine Daten hier von vor Ort, wir möchten bitte, dass ihr die Daten dafür auch hier vor Ort erhebt. Was Esso dann in den folgenden zwei Jahren gemacht hat. Es gab noch eine zweite aus dem Jahr 99. In Bebidja (???) ist dann die Bevölkerung groß aufgetreten und hat gesagt: „Wir möchten einen Stopp der Arbeiten für drei Jahre, damit die Bevölkerung auf die Ankunft dieses Großindustrieprojektes vorbereitet werden kann.“ Und da waren bei Esso die Schotten dicht. Seitdem haben solche Dialogveranstaltungen nicht mehr stattgefunden, die beteiligen sich einfach nicht daran. Diese Dialogveranstaltungen wurden ersetzt durch so genannte Informationstage, bei denen Einweg-Kommunikation stattfand – vom Konsortium auf die Bevölkerung hin. Deshalb blieben so grundsätzliche Fragen wie z.B. die nach Entschädigungen ungelöst, und auch einen regionalen Entwicklungsplan gibt es bis heute nicht.

Es ist ganz klar, wenn jemand beim Nachbarn durch den Garten fährt mit einer Planierdraht und alles kaputt macht, dann wird er dem Nachbar den Garten bezahlen müssen. Mit diesem Rechtsverständnis hat sich Esso im

Grundsatz auch einverstanden erklärt, aber sie haben die Entschädigungen in einer Art und Weise vollzogen, die für uns völlig inakzeptabel war. Man hat immer versucht, Einzelpersonen zu identifizieren, denen man Entschädigungen auszahlen konnte. Also man ist losgegangen und hat gefragt: „Das Feld, wem gehört das?“ Das ist schon eine Vorstellung, die in der tschadischen Rechtskultur relativ fremd ist, weil das Land immer nach Familiengröße und sonstigen Faktoren über eine gewisse Zeit zugeteilt und bearbeitet wird; aber wenn der Glückliche sagen konnte: „Diesen Bananenbaum, den habe ich gepflanzt“, dann hat der Essomann den Geldbeutel gezückt und ihm einen entsprechenden Geldbetrag gegeben und dann durfte er mit einem Daumenabdruck bestätigen, dass er das gekriegt hat, und es wurde auch ein Foto gemacht, und damit war dann die Sache für Esso erledigt. Wir sind hier in einer Region, die ist etwa so groß wie Hessen, die Ölregion, in der jetzt produziert wird, in der es kaum Infrastruktur gibt, schon gar keine Banken. Was haben die Leute mit dem Geld gemacht? Sie haben es hinter dem Haus vergraben. Und in nicht wenigen Fällen kamen nachts die gleichen Militärs, die tags die Geldboten von Esso beschützt haben, wieder und haben das Geld geraubt. Das ist in sehr vielen Fällen passiert.

Wir haben gesagt, die Entschädigungen müssten in Sachleistungen passieren, und zwar so, dass die Leute dauerhaft etwas davon haben. Haben die gesagt: „Okay, wir bauen euch Häuser.“ Die wurden dann allerdings in so einer schlechten Qualität hergestellt, dass sie keine Regenzeit überdauert haben. Also das führte dazu, dass die Abwicklung der Entschädigungsleistung viele der Betroffenen ruiniert hat. Eigentlich sollte das Ziel nach unseren Vorstellungen sein, die Leute in die Lage zu versetzen, weiterhin ihre Existenz zu sichern, über das, was sie da auf ihrem Land erwirtschaften. Aber durch die Art und Weise, wie die Entschädigungen geleistet wurden, war gerade das nicht möglich. Und dadurch wurden viele Existenzen in der Region ruiniert.

Die Rolle der Weltbank

Ich komme zur Rolle der Weltbank. Als das Projekt zu Anfang diskutiert wurde, hat Esso irgendwann mal ein großes PR-Getue darum gemacht, indem sie gesagt haben: Die Weltbank wird in das Projekt involviert. Und das hat verschiedene Implikationen. Denn die Weltbank ist ja eigentlich keine richtige Bank, sondern ein Wohlfahrtsinstitut. Sie heißt Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung. Und das Geld, das sie verleiht, bekommt sie aus unseren Steuergeldern, unter anderem, also aus den Steuergeldern der großen Industrienationen. Die Weltbank soll halt den armen Ländern helfen, sich zu entwickeln. Deshalb setzt sie bestimmte Bedingungen, im Bereich Umweltschutz, soziale Bedingungen usw. Und dann sagte Esso: Seid völlig unbesorgt, die Weltbank ist im Projekt, ab sofort wird alles ganz wunderbar laufen, es wird keine Probleme geben in diesem Projekt, weil die Weltbank dabei ist.

Wir haben uns von unseren Freunden aus den Organisationen, die sich kritisch mit der Weltbank auseinandersetzen, sehr schnell schlaue machen lassen, warum Esso die Weltbank im Projekt haben wollte. Der Tschad ist ein

politisch instabiles Land und das Konsortium hat in den letzten Jahren häufig die Teilnehmer gewechselt, d.h. eine Regierung, auch eines so kleinen Landes wie des Tschad, wenn die nach einem Putsch anders aussieht als gestern, kann neue Firmen einladen, das Öl zu fördern, und die alten rausschmeißen. Das hat man in der Vergangenheit öfter erlebt. Das geht, das können die mit Firmen machen. Mit der Weltbank kann sich keine Regierung eines armen Landes anlegen, das wäre der sofortige wirtschaftliche Tod. Das kann eigentlich keine Regierung machen. Deshalb ist das eine wunderbare Versicherung, eine wunderbare Absicherung der Investitionen für die Firma Esso. Außerdem gilt auf den Finanzmärkten der Grundsatz: Geringeres Risiko ist auch geringerer Zins, und bei 3,7 Milliarden, die Esso nicht aus der Portokasse, sondern auch über Kredite finanziert hat, ist das dann schon eine ganz nette Ersparnis. Das war also der Grund, warum Esso die Weltbank ins Boot geholt hat und warum der Weltbank seitdem auch ständig Knüppel zwischen die Beine geworfen werden, wenn sie sich denn tapfer bemüht, ihre eigenen Richtlinien durchzusetzen.

Zum besseren Verständnis sage ich noch ganz kurz, wie die Weltbank involviert ist. Die ist nämlich nur mit etwa 150 Millionen US-Dollar, das sind etwas über zwei Prozent der gesamten Investitionssumme, da drin, das ist also ein lächerlich kleiner Anteil, und diese Summe ging als Kredit an die Regierungen von Tschad und von Kamerun, damit sie Anteile an der Tschad-Oil-Transportation-Company und der Kamerun-Oil-Transportation-Company erwerben konnten, diese Firmen betreiben die Pipeline. Das war also der Trick. Man hat sie noch nicht mal in das Ölprojekt selber involviert, also sie haben mit der Ölförderung gar nichts zu tun, sondern sie haben kleine 5-Prozent-Anteile in den Firmen, die die Pipeline in Tschad und in Kamerun betreiben. Dafür haben sie einen Kredit der Weltbank bekommen. Und wie sieht es jetzt nun aus? Die Weltbank prahlt bei jeder Gelegenheit damit, dass das Tschad-Kamerun-Ölprojekt ein Modellprojekt sei, bei dem es endlich gelingt, Öleinnahmen zur Armutsbekämpfung zu verwenden. Nichts davon ist wahr. Die Kontrollgremien der Weltbank sind so gestaltet: Die werden von der Weltbank selber berufen, sie haben reinen Empfehlungscharakter. Das hört sich auf dem Papier immer alles gut an. Es gibt also einen Inspection-Panel, das ist die Revisionsinstanz der Weltbank, eigentlich ein mächtiges Institut, könnte man denken. Aber was machen die? Die machen sich dann auf den Weg, untersuchen, wenn sie eine Anzeige kriegen, dass da irgendwas nicht richtig läuft, untersuchen sie den Fall, erstellen einen tollen Bericht, in dem alles drinsteht, was wir an diesem Projekt kritisieren, und dann liest den der Herr Wolfensohn, der Präsident der Weltbank, und dann sagt er: Ja, das sind interessante Anregungen, damit wir das in Zukunft besser machen können. Wir sind ja heute im ersten Jahr der Ölförderung, die soll über 30 Jahre gehen. Und da haben wir also noch viel Zeit, um das alles besser zu machen.

Jetzt hat die Weltbank, das ist die neueste Entwicklung, vor kurzem selber auch eine Kommission eingesetzt. Die sollte mal untersuchen, ob es irgendwo auf der Welt gelungen ist, durch Rohstoffförderung Armut zu bekämpfen. Das

war der Abstract of Industry Review Process , und der Vorsitzende war ein ehemaliger indonesischer Ministerpräsident, Herr Salim, und der hat in seinen aufwändigen Recherchen rund um die Welt nicht ein Beispiel gefunden, wo es gelungen ist, durch Rohstoffförderung Armut zu bekämpfen. Sondern es hat immer zu mehr Verarmung und zu stärkeren Menschenrechtsverletzungen geführt. Deshalb hat auch der Herr Salim der Weltbank dann vorgeschlagen, aus der Finanzierung von extraktiver Industrie, also zum Beispiel auch von Ölförderung, auszusteigen, weil es keinen Sinn macht. Das hat die Weltbank jetzt mittlerweile abgelehnt. Die haben gesagt: Nein, nein, das macht schon Sinn, wir kriegen das hin. Und auch im Tschad sind sie jetzt wieder dabei.

Was heißt schon „good governance“?

Ein Kernsatz im Salim-Report heißt: Good governance, also gute Regierungsführung muss hergestellt sein, bevor investiert wird. Dann können die Investitionen zur Steigerung des Bruttosozialproduktes und zur Steigerung des Lebensstandards dienen. Wenn man es umgekehrt versucht, hat es bis heute noch nirgends geklappt. Und im Tschad erleben wir wieder genau den Versuch, es umgekehrt zu versuchen. Die Weltbank sagt: Mit den Öleinnahmen statten wir die gesamte tschadische Verwaltung mit Computern aus. Schöne Sache, nur es gibt keinen Strom in Ndjamena, oder sehr wenig – stundenweise. Ja – das machen wir, stellen wir Ihnen auch noch ein Kraftwerk hin. Und wir erleben es im Moment, dass die Weltbank mit hohem finanziellen Einsatz versucht, good governance in einem Land herzustellen, das an good governance offenkundig nicht interessiert ist. Denn das Konsortium und die Regierung arbeiten sehr, sehr eng zusammen. Internationale Verträge mit dem Konsortium setzen nationales Recht außer Kraft. Das bedeutet, Menschenrechte werden bedroht durch private Sicherheitsdienste. Das Konsortium hat einen Vertrag mit den Regierungen Tschads und Kameruns geschlossen, in dem drinsteht, dass die privaten Sicherheitsdienste des Konsortiums Zugang zu privaten Wohnungen, Häusern haben, im Falle, dass Gefahr für die Pipeline besteht. Das ist ein Blankoscheck, und menschenrechtlich sehr, sehr bedenklich. Die Firma Esso hat sich alles mögliche steuer- und zollbefreien lassen, was sie ins Land bringen. Das ist für die Länder, die aufgrund der schwachen Verhandlungsposition vor allen im Tschad das akzeptieren mussten, ein ziemlicher Verlust. Und – Umweltschutzbelange hatte ich schon angesprochen – die eingeschränkte Haftung bei Schäden. Das Recht der Bevölkerung auf Entschädigung für erlittene Einbußen wird nicht berücksichtigt, in diesem Zusammenhang sind zahlreiche Unregelmäßigkeiten zu beobachten; die habe ich schon gerade geschildert.

Menschenrechte

Thema Menschenrechte: Wenn schon Kamerun ein sehr problematisches Land ist, dann ist der Tschad die pure Katastrophe, was das Thema Menschenrechte und ihre Einhaltung betrifft. Es gab eine gewisse Phase des Wohlverhaltens, die man im Tschad beobachten konnte. Die Weltbank musste formal einen Beschluss fassen, ob sie in dieses Projekt einsteigt, oder nicht. Und Esso hat immer gesagt: Wir machen das Projekt nur, wenn die

Weltbank dabei ist. Daraufhin hat die Regierung ein bisschen Kreide gefressen und hat versucht, die Menschenrechtssituation im Lande positiver darzustellen. Aber, was wir erleben müssen, ist, dass seit dem Beginn der Ölförderung wieder ganz erheblich die Menschenrechtsverletzungen zugenommen haben. Keine vier Wochen nach dem Beginn der Ölförderung kam es zu einer Massenexekution. Offenkundig das Zeichen der Regierung: Die Zeit des Wohlverhaltens ist vorbei, jetzt bestimmen wir wieder, wie es in unserem Lande weitergeht.

Ich komme zum Ende. Seit einem Jahr wird Öl gefördert. Die Öleinnahmen sollen nach einem sehr komplizierten Schlüssel verteilt werden, so dass auch die Betroffenen, die Menschen im Tschad, davon profitieren. Der Primärsektor soll gefördert werden, z.B. Gesundheit, Infrastruktur und Bildung. Das ist ein Prozess, der noch läuft. Da gibt es auch ein Jahr nach dem Beginn der Ölförderung noch keine Erfahrung. Die ersten Gelder aus der Ölförderung sind im Juli diesen Jahres im Tschad angekommen. Aber was man schon weiß, ist, dass es eigentlich nur zwei Branchen gibt, in denen die lokale Bevölkerung von der Ölproduktion bisher profitiert hat. Das ist einmal der Ausschank von selbstgebrautem Hirsebier, denn das ist etwas, was wirklich mit Rohstoffen vor Ort produziert werden kann, und wo die Arbeiter an der Pipeline und auf den Baustellen ganz klar einen Bedarf haben. Und in einer Region, in der man mit einem Tag Feldarbeit, wenn man Glück hat, einen Euro verdient, gibt es Frauen, aber auch Männer, die sich für acht Euro etwa für eine Nacht zu sexuellen Dienstleistungen zur Verfügung stellen. Das führt natürlich zu ganz erheblichen Auswirkungen in einer Region, die zum Beispiel bis dahin ein weißer Fleck auf der Welt-Aids-Karte war, allerdings heute eine Infektionsquote hat, wie sie auf dem afrikanischen Kontinent ansonsten auch üblich ist, von über 10 Prozent.

Ja – das sind die beiden Bereiche. Prostitution und lokales Hirsebier, in denen lokale Anbieter profitieren konnten. Gleichzeitig stiegen durch die enorme Nachfrage durch die Bauarbeiter die Lebensmittelpreise, Hirse ist das Grundnahrungsmittel in der Region, ganz, ganz dramatisch. 1998 gab es für acht Euro etwa, also 5.000 Zera (???) einen Sack voll Hirse, 2002 waren das schon nur noch 20 Kilo, die man für den gleichen Betrag bekam. In derselben Zeit hat sich das Einkommen für die normalen Tschader nicht verändert, für den normalen Bauern, weil, wie ich gezeigt habe, es eigentlich nur zwei Wirtschaftszweige gab, die von den Öleinnahmen direkt profitiert haben. Und deshalb ist unser Fazit: Die Armen werden durch dieses Projekt, so wie es sich heute darstellt, bekämpft, und nicht die Armut.

Fragen und Kommentare:

Publikum:

Die Regierung vom Tschad heute, ist das eine Zivilregierung oder Militärregierung?

Martin Zint:

Das ist eine sehr gute Frage, denn das weiß man nicht so genau. Der Präsident Deby, General, hat sich an die Macht geputscht, hat dann aber einen Demokratisierungsprozess eingeleitet, den es in vielen afrikanischen Ländern gegeben hat. Es gab eine Nationalkonferenz, die hat eine Verfassung erarbeitet, diese Verfassung wurde im Referendum verabschiedet und anschließend wurde entsprechend dieser Verfassung ein Präsident gewählt und das war zufällig Deby. Diese Wahlen verdienen nicht das Urteil frei und fair, das ist die heutige Stellung. Deby ist bereits ein weiteres Mal in seinem Amt bestätigt worden, auch wieder durch Wahlen, von denen sein Hauptopponent Nironghana Galeh (???) sagt, die Wahlen im Tschad funktionieren folgendermaßen: Es wird in Wahllokalen die Stimme abgegeben, dort wird gezählt, das Ergebnis wird in die Hauptstadt gemeldet, wird dort in einen französischen Computer gefüttert und der gibt ein französisches Ergebnis aus. Und so ist es. Es sind immer wieder die Franzosen, die eine ganz üble Rolle spielen, weil sie z.B. als offizielle Beobachter diesen Wahlen immer wieder einen Persilschein geben, indem sie die Wahlen für frei und fair erklären. Und dann werden die von der internationalen Gemeinschaft anerkannt. Und so ist es im Tschad. Aber es sind immer Franzosen, die diesen Persilschein ausstellen, und niemand anderes.

Publikum:

In dem Zusammenhang würde mich auch interessieren ... bei diesem deutschen Nichtregierungsorganisationen-Bündnis. Gibt es da in irgendeiner Form auch eine Zusammenarbeit mit französischen Nichtregierungsorganisationen? Oder überhaupt international?

Martin Zint:

Ja, also, es gab eine sehr starke Zusammenarbeit in den Jahren 98 bis 2000. Im Jahr 2000 im Juni hat die Weltbank ihre Entscheidung für das Projekt gefällt. Bevor diese Entscheidung gefällt wurde, gab es eine sehr, sehr starke internationale Zusammenarbeit. Die gibt es heute in Ansätzen immer noch, aber es gibt in keinem anderen Land so ein breites Bündnis wie in Deutschland. In Frankreich sind es Agir ici und Sur vie, Organisationen, die sich speziell mit kolonialer Vergangenheit Frankreichs und Menschenrechtsfragen auseinander setzen, die sich da kümmern. Und die Zusammenarbeit ist aber unter dem sinkenden Druck von außen auch dünner geworden.

Publikum:

Was geschieht mit dem Öl, nachdem es im Tschad gewonnen und in der Pipeline durch Kamerun an irgendeinen Hafen gelangt? Wo geht es dann hin?

Martin Zint:

Ja, die Pipeline führt an die Atlantikküste Kameruns, sie führt etwa 20 Kilometer ins Meer, dort ist ein Off-Shore-Terminal sagt das Konsortium, das ist ein alter einwandiger Tanker, den man da verankert hat, auf dem die

Pipeline endet und an den die anderen Tanker anlegen. Und dann wird das Öl auf die Tanker gepumpt und geht direkt in die USA über den großen Teich. Deshalb auch das große Interesse der Amerikaner. Die möchten bis zum Jahre 2015 25 Prozent ihrer Ölimporte aus dem Golf von Guinea decken. Das ist Nigeria, Kamerun, Tschad und man spricht auch von einer Pipeline, die aus dem Sudan jetzt noch bis Kome gebaut wird. Dann könnte man sogar aus dem Sudan Öl direkt an den Atlantik transportieren. Das ist der ganz enorme geostrategische Vorteil, den die Amerikaner aus diesem Projekt ziehen. Und darum sind sie daran auch so unglaublich interessiert. Weil sie mit der Tschad-Kamerun-Pipeline zum ersten Mal zentralafrikanisches Öl an die Atlantikküste geliefert bekommen. Und es dort auf Schiffe verladen können, die nur noch über den Atlantik schippern müssen und schon sind sie in den USA.

Publikum:

Ich wundere mich ein wenig, wie Sie die Rolle der Weltbank sehen. Sie sagten, die finanzieren im Grund nur die geringen Anteile der beiden Regierungen.

Finanziert denn die Weltbank nicht auch die Explorationen der Gesellschaft selbst?

Martin Zint:

Nein, also aus dem Geschäft hält sich die Weltbank völlig raus. Die Explorationen werden von den Firmen vorfinanziert. Die Weltbank ist noch involviert in Strukturanpassungsmaßnahmen und Infrastrukturmaßnahmen im Tschad, die aber nichts mit dem Projekt direkt zu tun haben. Schon die Tatsache, dass die Weltbank diesen Kredit an die Regierung gegeben hat, hat zum Beispiel damals noch unseren damaligen CSU-Entwicklungsminister Spranger zu ganz scharfer Kritik an der Weltbank gebracht. Also er hat damals gesagt, die Bundesrepublik Deutschland wird den Armutsbekämpfungsfonds nicht wieder auffüllen, wenn die Weltbank dieses Geld reichen Konzernen in den Rachen wirft. Auf englisch heißt das company welfare, also Stütze für Konzerne. So ist das Weltbankgeld ja nicht gedacht. Erstaunlicherweise hatten wir da in Spranger einen viel stärkeren Verbündeten als in der jetzigen Bundesregierung, die der Weltbank gegenüber relativ nachsichtig ist.

Publikum:

Zumindest den Regierungen gegenüber, und selbst wenn es nur ein kleiner Anteil ist, den sie finanziert, müsste sie doch Einfluss nehmen können, dass die Verteilung der Erlöse eben auch der Bevölkerung zugute kommt.

Martin Zint:

Ja, ein Kernstück, warum dieses Projekt ein Modellprojekt werden soll, ist ein Komitee, das eingerichtet wurde, und zwar per Gesetz eingerichtet wurde von der Regierung des Tschad, in dem die Regierung die Souveränität über die Öleinnahmen abtritt an dieses Gremium, das zusammengesetzt wird aus

neun Personen, von denen vier der Zivilgesellschaft angehören und fünf dem Regierungslager. Da sieht man schon, wo die Mehrheit sowieso grundsätzlich liegt. Immerhin hat diese Gremium einen relativ großen Einfluss darauf, wie die Mittel verwendet werden. Denn das Geld wird von Esso auf ein Sperrkonto gezahlt in London, und kann von diesem Sperrkonto nur abgerufen werden, wenn dieses Gremium sein Okay gibt. Darum hat es auch bis Juli diesen Jahres gedauert, bis das erste Ölgeld im Tschad angekommen ist. Das ist etwas, was die Weltbank dann schon aufgrund dieses Kredites gegenüber der Regierung hat durchsetzen können, dass dieses Gremium eingerichtet wurde. Aber dieses Gremium ist ein Papiertiger, denn die Mehrheitsverhältnisse liegen beim Staat, also ändert sich eigentlich doch nichts. Es gibt noch ein paar andere Nettigkeiten, die zeigen, wer der Herr in diesem Gremium ist. Zum Beispiel muss jeder Antrag innerhalb von fünf Tagen bearbeitet sein, sonst gilt er als genehmigt, egal wie viel Millionen Dollar der umfasst. Dann kriegen die gar nicht alle Informationen, die sie brauchen, und die Mitglieder der Zivilgesellschaft, die diesem Gremium angehören, haben ziemliche Nachteile erhalten, z.B. Todesdrohungen für sich und ihre Familie. Also das ist ein sehr harter Job und wir glauben nicht daran, dass dieses Gremium effektiv funktionieren wird.

Zur Rolle Frankreichs

Und jetzt zu Ihrer Frage: Frankreich hat seine Militärpräsenz in West- und Zentralafrika auf den Tschad konzentriert. Dort sind die stärksten Einheiten, das sind so etwa um die 1.000 Mann, und auch eine Staffel von der Luftwaffe, die in Ndjamena auf dem Flughafen stationiert ist, und die sind übrigens im Moment voll mit der Sicherung der tschadischen Grenze gegenüber dem Sudan befasst. Und das zeigt auch ein bisschen die Rolle, die Frankreich jetzt generell spielt. Bis Mitterand gab es noch in Frankreich eine planmäßige Afrikapolitik. Chirac scheint sich für dieses Thema nicht zu interessieren, bzw. er hat keine erkennbare Afrikapolitik. Und das wiederum hängt mit der Europäischen Union zusammen. Auch die Europäische Union hat keine klare Afrikapolitik. Genaue Strukturen sind da nicht zu erkennen. Die Konfrontation mit Amerika, die jetzt zum Beispiel in Afrika eigentlich angesagt wäre, denn auch in dem Konflikt in Darfur spielen amerikanische Interessen eine große Rolle. Das wäre eigentlich der Ort, wo so eine Konfrontation sichtbar, wirksam werden könnte, wird sie aber nicht. Und man weiß nicht genau warum.

Also am meisten diskutiert wurde an der Pipeline ihr Verlauf im unteren Bereich, Richtung Atlantik, und zwar gibt es an der Atlantikküste Kameruns bereits einen Ölverladehafen, Limbé. Und die Pipeline hätte ohne Probleme nach Limbé geführt werden können, es hätte auch vermieden, sie durch den tropischen Regenwald zu führen und durch Pygmäengebiet. Sie wäre dann durch relativ dicht besiedeltes Gebiet gegangen, aber das ist technisch zu meistern. Unsere größte Kritik war, dass man die Pipeline aus politischen Gründen nach Kribi geführt hat, was im frankophonen Teil liegt. Limbé liegt im anglophonen Teil Kameruns, ist von Sezession bedroht, und das hielt das Konsortium für ein politisches Risiko. Deswegen wollte man die Pipeline lieber

durch den tropischen Regenwald nach Kribi führen, einen der schönsten Strände Westafrikas. Es gab noch eine Alternative der Pipeline, die einfacher zu konstruieren gewesen wäre, die ginge über die zentralafrikanische Republik, Kongo Brazzaville nach Pointe-Noir, was auch ein Ölverladehafen ist. Die wäre ein bisschen länger geworden, wäre aber, nach dem was ich darüber weiß, ökologisch unproblematischer gewesen. Man muss wissen, dass die Pipeline, so wie sie jetzt läuft, durch die tschadische Savanne geht, dann ein Gebirge durchquert in Nordkamerun, und dann eben hinuntergeht in den tropischen Regenwald und da durch ganz sensible Gebiete verläuft, in denen Ureinwohner leben, wo sie erhebliche Störungen eines schon beeinträchtigten Ökosystems verursacht hat.

Warum Elf nicht im Konsortium ist... Also, es war erklärte Politik Frankreichs, das Öl im Tschad nicht anzurühren. Dazu musste eine amerikanische Firma kommen und musste sagen: wir machen das. Und die einzige plausible Erklärung für mich ist, dass man sich das Öl für spätere Zeiten aufheben wollte. Nachdem Deby sich an die Macht geputscht hatte, das hat er übrigens mit der Unterstützung Frankreichs getan, ist Elf in das Konsortium wieder eingetreten. 91, 92 wurde dieses Konsortium aus Esso, Shell und Elf gegründet. In den Jahren 96 bis 98 kam es zu erheblichen Massakern im Tschad, die auch relativ gut dokumentiert sind und deshalb auch nicht zu leugnen waren. Damals haben wir Shell und Elf damit konfrontiert. Shell hat uns damals, die ja sowieso sehr angeschlagen waren durch Brent Spar und durch das Nigerdelta, hat uns damals über seinen Pressesprecher geschrieben, dass, wenn sich die Menschenrechtssituation im Tschad nicht verbessert, sie sich aus dem Konsortium zurückziehen. Und zu unserer Überraschung haben sie es 99 dann tatsächlich getan, zusammen mit Elf. Warum Elf sich zurückgezogen hat, wissen wir auch nicht, aber ich habe folgende Analyse: Es gibt in der Mineralölindustrie eine Tendenz, die ist im Moment durch großseitige Anzeigen in unseren Tageszeitungen zu sehen, die so genannten Upstream-Aktivitäten von den Downstream-Aktivitäten zu trennen, das heißt, eine Firma, eine No-Name-Firma macht sich die Hände bei der Ölproduktion schmutzig. Dieses Öl wird dann an die Firma Aral zum Beispiel verkauft, und die vermarktet es hier. Aral hat nicht ein Bohrloch auf dieser Welt irgendwo. Es ist eine reine Ölvermarktungsfirma. Die haben kein Risiko, dass da mal eine Mahnwache vor der Araltankstelle steht und einen Galgen aufbaut. Und wenn man das mal...

Publikum:

Höchstens, wenn das Benzin zu teuer wird....

Martin Zint:

Wenn sie zu teuer werden, ja, ja... Aber nicht aus Solidarität mit den Betroffenen. Und es ist ganz klar eine Tendenz zu beobachten, dass man ... also hier in diesem Fall haben wir so analysiert: Aus dem Konsortium sind zwei große Firmen ausgestiegen, die in der direkten Reichweite europäischer Konsumenten waren, und sie wurden durch eine Firma ersetzt, die aus

Südostasien kommt, Petronas , die sich um europäische Verbraucher nun mal gar nicht zu kümmern braucht und durch Chevron, die genau wie Exxon sich um die Meinung europäischer Konsumenten nicht viel kümmert. Und so haben wir das analysiert. Mehr wissen wir aber noch nicht. Das wird alles die Geschichte irgendwann mal weisen. Man weiß mittlerweile, der damalige Generaldirektor von Elf Loche Brigant (???) hat seine Memoiren geschrieben und darin schildert er, wie ihn der Quai d'Orsay, das französische Außenministerium, damals dazu gebracht hat, darauf zu drängen, dass die Pipeline durch Kamerun nach Kribi führt. Aus erwähnten politischen Gründen. Muss man abwarten, dass noch mehr Memoiren geschrieben werden.